

Deutschland-St. Goarshausen: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 17/2023 24/01/2023

Auftragsbekanntmachung – Sektoren
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindewerke Loreley

Postanschrift: Dolkestraße 3

Ort: St. Goarshausen

NUTS-Code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Postleitzahl: 56346

Land: Deutschland

E-Mail: Loreley@Bieteranfrage.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vgloreley.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJV60PP/documents>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJV60PP>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Vergabeberatungsstelle Klaeser GmbH

Postanschrift: Auf dem Kalk 5

Ort: Montabaur

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Postleitzahl: 56410

Land: Deutschland

E-Mail: Loreley@Bieteranfrage.de

Telefon: +49 26029973890

Fax: +49 26029973899

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vergabeberatungsstelle.de

I.6. Haupttätigkeit(en)

Wasser

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Hochbehälter Dachskopf-Los 03 (II)

Referenznummer der Bekanntmachung: 23-02-21-1200

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Im Zuge einer Machbarkeitsstudie zur "Wasserversorgung westlicher Rhein-Lahn-Kreis" wurden für die Versorgung über einen neuen Hochbehälter (HB) "Dachkopf" zwei technisch mögliche Varianten erarbeitet. Die Kosten-Nutzen-Analyse ergibt einen Vorteil für die Variante "Anbindung an den bestehenden Hochbehälter Lahnhöhl". Mögliche Trassen und Übergabepunkte zur Anbindung wurden im Rahmen der Studie ermittelt.

Der HB übernimmt die Funktion der Trinkwasseroptimierung für die beteiligten Wasserversorger. Er dient sowohl der Versorgung der Ortslagen Dachsenhausen/Hinterwald, Dahlheim (ggf. Lykershausen/Prath, Osterspai) und des Krematoriums Dachsenhausen in der VG Loreley wie auch der Versorgung der Ortslagen Ober- und Niederbachheim, Winterwerb und Gemmerich (ggf. Himmighofen, Kasdorf) in der VG Nastätten.

Der HB soll mit Reinwasser beschickt werden.

Der Baubeginn ist für Frühjahr 2024 vorgesehen und die Inbetriebnahme für den Herbst 2025. Aufgrund der Lage der Bauwerkstandorte und Leitungstrassen ist in allen Planungsbereichen der Objektplanung die Generaldirektion Kulturelles Erbe bzgl. Fachbehörden in Fragen der Archäologie und Denkmalpflege in die Planungen mit einzubeziehen.

Maßnahme A. Planung des Hochbehälters

Die Vorzugsvariante sieht die Realisierung des Hochbehälters "Dachkopf" als erdüberdeckten Brillenbehälter in Betonbauweise mit einer Kubatur von ca. 1.500 m³ (2 Kammern à 750 m³) vor. Das genaue Volumen ist im Rahmen der Planung zu ermitteln. Auch der genaue Standort sollte im Zuge der weiteren Planung genau definiert werden.

Es ist die Möglichkeit einer modularen Erweiterung einzuplanen. Der HB wird mit Reinwasser beschickt.

Zu den insgesamt erforderlichen Ingenieurleistungen gehören neben der Planung des Bauwerks, die Tragwerksplanung und die Technische Ausrüstung sowie die Planung der Zu- und Ablaufleitungen auf dem Grundstück des Bauwerks, einschl. Einbindung in das Bauwerk. Die Planungsleistungen werden in verschiedenen Fachlosen ausgeschrieben.

Kostenschätzung der Baumaßnahme:

Ingenieurbauwerke, geschätzte Kosten KG 300: 1.800.000 EUR

Fachplanung TA, geschätzte Kosten KG 400: 500.000 EUR

Maßnahme B. Planung von Steig- und Fallleitungen

Der Bau der Verbindungsleitungen in Form von Steig- und Fallleitungen soll größtenteils parallel zum Hochbehälterbau erfolgen. Genaue Trassen und Leitungsdimensionierungen sind im Rahmen der Planung zu ermitteln.

Die Planungsleistungen für die Steig- und Fallleitungen (Maßnahme B) sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Die Planungsleistungen werden fachlosweise ausgeschrieben. Gegenstand dieses Verfahrens für den Planungsbereich Hochbehälter Dachkopf (Maßnahme A) sind die Fachplanungsleistungen (Lph 1-9) für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI, Anlagengruppen 1, 4, 7 und 8).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71334000 Dienstleistungen im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB1A Rhein-Lahn-Kreis

Hauptort der Ausführung: 56346 St. Goarshausen Hochbehälter Dachskopf

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand dieses Verfahrens für den Planungsbereich Hochbehälter Dachskopf (Maßnahme A) sind die Fachplanungsleistungen (Lph 1-9) für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI, Anlagengruppe 1, 4, 7 und 8) einschl. Besondere Leistungen.

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die Auftraggeberin für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 6 nach HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besondere Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen sind optional ausgeschrieben.

Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 6

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Gegenstand dieses Verfahrens für den Planungsbereich Hochbehälter Dachskopf (Maßnahme A) sind die Fachplanungsleistungen (Lph 1-9) für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI, Anlagengruppe 1, 4, 7 und 8) einschl. Besondere Leistungen.

Beabsichtigt ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die Auftraggeberin für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 6 nach HOAI sowie der in diesen Phasen erforderlichen Besondere Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen sind optional ausgeschrieben.

Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Innerhalb der genannten Laufzeit des Vertrags von 6 Monaten nach Auftragserteilung sind die Planungsleistungen so zu erbringen, dass die Vorlage einer genehmigungsfähigen Planung (Leistungsstufe 1) sichergestellt ist. Die Termine für weitere Leistungen werden mit der Beauftragung der weiteren Leistungen festgelegt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Erklärung des Bieters, dass durch die Person oder das Verhalten des Bieters oder dem Bieter zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 124, 123, 142 GWB und § 19 MiLoG begründet sind.
- 2.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 3.) Eigenerklärung des Bieters zur Eintragung in das Berufsregister des Sitzes oder Wohnortes
- 4.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- 5.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen.

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigelegt (Formblatt 124, Formblatt 217A).

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung.

Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende Nachweise vorzulegen wie Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug, Partnerschaftsregister etc. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

1.) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers/Bieters und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (i.S.d. § 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV).

2.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (i.S.d. § 47 Abs. 1 VgV).

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bieter muss über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme

- für Personenschäden mindestens 3.000.000 EUR

- für Sach- und Vermögensschäden mindestens 3.000.000 EUR und

- für Umweltschäden mindestens 3.000.000 EUR

beträgt.

Die vorgenannten Mindestdeckungssummen müssen mind. zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Dies kann durch eine Bescheinigung der Versicherung, dass die vorgenannten Versicherungssummen im Auftragsfall zur Verfügung stehen, nachgewiesen werden. Die geforderten Nachweise sind zwingend mit dem Angebot in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

1.) Angabe der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen, namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 6 VgV);

2.) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV);

3.) Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber/Bieter unter Umständen an Dritte vergeben will.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I) Mindestanforderung an die Bürogröße:

Fachplaner Technische Ausrüstung und dessen Stellvertretung:

Der Bewerber muss hinsichtlich der Person des Planers für den Bereich Fachplanung Technische Ausrüstung über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine Berufserfahrung von mind. 8 Jahren in diesem Planungsbereich der technischen Ausrüstung nachweisen.

Der Bewerber muss darüber hinaus über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren im vorstehend benannten Planungsbereich für die Vertreter nachzuweisen ist.

.

Bauüberwachung Technische Ausrüstung und dessen Stellvertretung

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Bauüberwachers für den Bereich Technische Ausrüstung über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine Berufserfahrung von mind. 8 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte nachweisen.

Der Bewerber muss darüber hinaus über einen Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte für die Vertreter nachzuweisen ist.

Für den Vertreter wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene Ausbildung zum Techniker oder Meister mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung nach Abschluss der Techniker- oder Meister-Ausbildung in dem ausgeschriebenen Planungsbereich anerkannt.

.

Die jeweils geforderten Qualifikationen müssen zum Einreichungstermin für die Teilnahmeanträge vorliegen und sind mit dem Teilnahmeantrag durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure benennen.

.

II) Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung und Realisierung von vergleichbaren Maßnahmen aus dem Bereich der Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung durch geeignete Referenzen nachzuweisen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden.

Es sind mindestens 3 Referenzobjekte zum Planungsbereich Technische Ausrüstung anzugeben.

.

Die Referenzen sind dann mit der Leistung vergleichbar, wenn sie hinsichtlich der Größenordnung (Kosten), der technischen Ausführung und Organisation einen ähnlichen oder höheren Schwierigkeitsgrad ausweisen wie beschriebenen Leistungen haben.

.

Davon muss mind. 1 Referenz einen Hochbehälter von mind. 1000 m³ Größe beinhalten.

.

Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen der Leistungsphasen 2 - 6 und 8 erbracht worden sein, wobei der Abschluss der Leistungsphase 8 nach dem 01.01.2015 erfolgt sein muss. Davon darf max. eine Referenz noch in der baulichen Umsetzung sein. Es muss für mind. 2 Referenzen die Vergabe der Bauleistungen nach den Regelungen der VOB/A oder SektVO nachgewiesen werden, wobei diese nicht notwendigerweise den Planungsbereich der Wasserversorgung zum Inhalt haben müssen.

Des Weiteren ist der Nachweis für mind. 1 Referenzprojekt in 3D-Planung zu führen. Auch diese Referenz muss nicht notwendigerweise den Planungsbereich der Wasserversorgung beinhalten.

Durch die Vorlage weiterer Referenzen, die ebenfalls den Mindestanforderungen entsprechen müssen, kann eine bessere Bewertungen erzielt werden.

Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich Ergebnisse der LP 3, LP 7 und nach Abschluss der LP 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen.

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

III.1.6. Geforderte Kautionen oder Sicherheiten

Siehe Ziffer III.1.2

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/02/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können
Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/03/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 21/02/2023 Ortszeit: 12:00

Ort:

Die Angebotseröffnung erfolgt ausschließlich elektronisch.

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.

2.) Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Eignungsanforderungen stehen Formularvordrucke zur Verfügung, die die Bieter verwenden sollen. Die Verwendung der Formularvordrucke wird für die Erstellung des Angebotes empfohlen, maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung.

3.) Anfragen von Bietern werden nur in Textform über die Vergabeplattform, per E-Mail oder Fax von der unter I.3) genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Angebote gestellt werden.

4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt grundsätzlich über die Vergabeplattform, die Vergabestelle behält sich eine Versendung per Fax vor. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle mit dem Bieter über die vom Bieter angegebenen Kontaktdaten des Bevollmächtigten.

5.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform.

6.) Die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen bis zum Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabeplattform einzureichen.

7.) Ausländische Bieter haben geforderte Nachweise/Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

8.) Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen/Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YJV60PP

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bieterern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB zu rügen.

Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zustellen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/01/2023